

Tribüne des Lesers

Wie der Staatsanwalt entsprechend der ökonomischen Entwicklung seine Arbeitsweise verändern muß

Brandt spricht in NJ 1956 S. 236 sehr richtig davon, daß die „eingehende Kenntnis der Struktur des Kreises mit seinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten“ zum unbedingten Rüstzeug des Staatsanwalts gehört, der sich diese Kenntnis durch Ausnützung aller Informationsquellen erwerben muß. Brandt sagt weiter, daß derjenige Staatsanwalt einen guten Überblick über die Entwicklung und das Geschehen in seinem Kreis hat, der regelmäßig an den Ratssitzungen, Produktionsberatungen, Abteilungsver-sammlungen in Schwerpunktbetrieben usw. teilnimmt. Er beleuchtet dieses Problem aber allein vom Standpunkt der richtigen Einschätzung und Bearbeitung von Strafverfahren, der guten Anleitung der U-Organen, der Aufklärung der latenten Kriminalität, also der Tätigkeit des Staatsanwalts auf dem Gebiet des Strafrechts.

Ein guter Überblick über die Struktur und Entwicklung des Kreises, über den Gang und das Tempo der Entwicklung, über die Nöte und Sorgen und Gedanken-gänge unserer Arbeiter und Bauern befähigt aber den Staatsanwalt zugleich zu einer Verbesserung seiner Arbeit auf dem Gebiet der Allgemeinen Aufsicht.

Da Guben vorwiegend ein landwirtschaftlicher Kreis ist, möchte ich dieses Problem an Hand meiner eigenen Erfahrungen auf diesem Gebiet darstellen. Es ist noch nicht allzu lange her, daß sich meine Tätigkeit im landwirtschaftlichen Sektor einzig und allein auf die Durchführung von Justizaus-sprachen und Sprechstunden in den Gemeinden meines Kreises beschränkte. Das führte zwar zur Stärkung des Vertrauens der ländlichen Bevölkerung zum Staatsanwalt, was dann vor allem in einem Anwachsen der Beschwerden aus dem bäuerlichen Sektor bemerkbar wurde. Der Inhalt dieser Beschwerden, denen selbstverständlich nach wie vor größte Aufmerksamkeit zur weiteren Festigung des Vertrauens zur Justiz zu schenken ist, betraf aber vorwiegend die engsten persönlichen Interessen der Beschwerdeführer und befaßte sich nicht mit der Frage der Weiterentwicklung unserer Gesellschaftsordnung, vor allem mit der Erweiterung und Festigung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft. Bestenfalls kamen in Beschwerden gegen die MTS Probleme unserer Bündnispolitik zum Ausdruck, die aber durchaus keinen Überblick über die gesamte Arbeitsweise der MTS ermöglichten.

Einen weit besseren Überblick konnte ich mir verschaffen, als ich zu Beginn des Jahres an einer Reihe von Rechenschaftslegungen der MTS und Mitgliederversammlungen der LPG teilnahm. Hier erkannte ich, worauf ich in Zukunft meine Aufmerksamkeit zu lenken hatte, nämlich auf die in der Arbeit der MTS bisher aufgetretenen Schwächen. Eine sehr wichtige Erkenntnis war z. B. — mn nur eines herauszugreifen — die mangelnde Erfüllung der Arbeitsverträge, vor allem durch die Unterschätzung der MTS-Beiräte und die willkürliche Auftragsbefreiung, die in nicht seltenen Fällen nicht von der Arbeitsverteilung des Brigadiers, sondern von dem Angebot an Zigaretten und nicht selten alkoholischen Getränken seitens der bäuerlichen Auf-tragegeber an den Traktoristen abhing.

Ein anderes wichtiges Problem ist z. B. nicht nur die Ernennung eines ständigen Traktoristen für jede LPG, sondern auch die Tatsache, daß er sämtliche Arbeiten auf den Feldern zusammen mit der Feldbaubrigade organisiert und durchführt. Die die Steigerung der Ernteerträge sichernde Einführung der Methode Schönebeck-Nord, die in diesem Jahr in allen LPG unseres Kreises angewandt wird, kann überhaupt nur auf dieser Grundlage zum Erfolg führen. Ich erkannte hieraus, daß ich in Zukunft u. a. auf diese Dinge meine besondere Aufmerksamkeit lenken muß. Die Nichterfüllung der diesbezüglichen Jahresarbeitsverträge durch MTS oder LPG sind Gesetzesverletzungen. Um dieses Problem zu erkennen, muß der Staatsanwalt selbstverständlich wissen, was es mit der Methode Schönebeck-

Nord auf sich hat. Er muß auch wissen, wieso ständige Arbeitsgemeinschaften zur Durchsetzung des Rentabilitätsprinzips unserer MTS notwendig sind und daß sie das Bewußtsein unserer Bauern durch den Kollektivitätsgedanken in der Richtung der Erweiterung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft entwickeln helfen. Der Staatsanwalt wird also darauf achten, daß die Jahresarbeitsverträge der MTS, vor allem mit den LPG, in allen Punkten entsprechend den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über die Tätigkeit der MTS eingehalten werden.

Gewiß ist es notwendig, nach wie vor Justizaus-spracheabende (gegenwärtig u. a. über das Gesetz zum Schutze der Jugend, die neue Wohnungsverordnung, die Eheverordnung aber auch zur Vorbeugung vor Strafsachen über den Schutz des Volkseigentums, über Verbrechen gegen unseren Staat oder sonstige Probleme der Rechtsprechung, und auch über das Arbeitsrecht usw.) durchzuführen. Dabei ist die Bevölkerung vor allem mit dem Vorschlag des ZK der SED an die Nationale Front des demokratischen Deutschland über Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der Demokratie in der DDR vertraut zu machen, weil sich die breitere Einbeziehung der Werktätigen in die Lenkung und Leitung des Staates auf jedem Gebiet unseres gesellschaftlichen Lebens durchsetzen muß. Jedoch mußten die entsprechenden Beschlüsse unserer Partei und des Generalstaatsanwalts sowie der Abt. V beim Bezirksstaats-anwalt notwendig zu einer Veränderung unserer Arbeitsmethoden in den Kreisen führen. Aus dem Besuch von Gemeindevertretungen (vorwiegend in Gemeinden, wo Keime des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft sich zu entwickeln beginnen) Einwohnerversammlungen, ökonomische Konferenzen, LPG-Beirats-sitzungen und natürlich nicht zuletzt aus den Sitzungen des Rates des Kreises kann der Staatsanwalt eine Unmenge von Anregungen für seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Allgemeinen Aufsicht schöpfen. Trägt die eine Versammlung dazu bei, seine Kenntnisse der Verhältnisse im Kreis und sein Wissen auf diesem oder jenem Gebiet zu erweitern, so kann er aus anderen Sitzungen erkennen, daß er auf Grund vorliegender Gesetzesverletzungen tätig werden muß.

Worauf lenke ich z. B. in den LPG-Beiratssitzungen und den Mitgliederversammlungen der LPG gegenwärtig u. a. mein Augenmerk: Im Beschluß der IV. Konferenz der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossen-schaften für die Arbeit der Räte der Kreise und Gemeinden wurde im Abs. II Ziff. 3 festgelegt, daß die Räte der Kreise in Verbindung mit den Räten der Gemeinden und in Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der LPG für jede zurückgebliebene LPG, insbesondere für solche, die sich aus einem ÖLB gebildet haben, einen Plan der politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Unterstützung aufzustellen haben. Frist war der 15. März 1956. Diese „Sofortprogramme“ enthalten eine Reihe von Aufgaben mit Terminsetzung für den Rat des Kreises, den Rat der Gemeinde usw. Die Einhaltung des Sofortprogramms — so heißt es dort — wird durch die LPG-Beiratssitzung überprüft.

Was mußte ich aber in einer LPG-Beiratssitzung feststellen? Die Sofortprogramme kamen überhaupt nicht zur Sprache, obwohl eine Reihe von Terminen längst überschritten war. Auf das Eingreifen des Staats-anwalts wird der Tagesordnungspunkt „Kontrolle der Einhaltung der Sofortprogramme“ künftig in allen LPG-Beiratssitzungen beachtet werden, was zur Erfüllung der Aufgaben in dem Sofortprogramm und damit zur besseren Unterstützung und Stärkung der LPG führen wird.

Dieses Beispiel möge zeigen, wie die Weiterentwicklung unserer ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse eine Veränderung der Arbeitsweise nicht nur der Partei- und Verwaltungsorgane, sondern auch unserer Justiz — vor allem auf dem Gebiet der Allgemeinen Aufsicht über die Einhaltung der demokratischen Gesetzmäßigkeit — notwendig macht.

ILSE WARMUTH, Staatsanwalt des Kreises Guben